Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auererzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 283 | Donnerstag, den 5. Dezember 1918 | 13. Jahrgang

Die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Feinden.

Wochenschau.

Während in der Weltgeschichte Deutschlands Lage noch immer eine passive, leidende, nicht handelnde ist, und auch im verflossenen Abschnitt keine Klarheit über die Zukunft eingetreten ist, — denn von unkontrollierbaren Pressemeldungen über Kriegsentschädigungen usw. sehen wir lieber ab, — ist im inneren Leben ein Ereignis von grundlegender Bedeutung zu verzeichnen. Die Wahlen zur Nationalversammlung sind auf den 16. Februar festgesetzt und die Wahlordnung ist veröffentlicht worden. Allerdings unter gewissen Vorbehalten und zu einem reichlich späten Termin.

Dennoch ist nun der feste Zielpunkt gegeben, auf den sich unser ganzes Denken und Handeln einstellen muß.

Da die Entente immer wiederholt, daß sie mit keiner Vertretung Deutschlands Frieden schließen will, die nicht vom Willen des ganzen Volkes getragen wird, so ist auch in weltpolitischer Hinsicht durch die Festsetzung des Wahltermins endlich ein Schritt nach vorwärts getan.

Auch in Sachsen geht es der Klärung entgegen. So wollen wir hoffen. An Stelle des übereilten Gesetzes über die Gemeinderatswahlen ist nun eine neue Verordnung mit längerem Zeitraum herausgekommen und die alten Organe sind in ihren Machtbefugnissen bestätigt worden. Die nahenden Wahlen werfen bereits ihre Schatten voraus. Die kurze Verbindung, die die beiden sozialdemokratischen Parteien eingegangen waren, drängt zum Bruch. Der „Vorwärts" betont bereits, daß die Unabhängigen „eine Partei für sich sind und sein wollen" und beide rüsten sich für den Wahlkampf.

Unter diesem Gesichtspunkt ist das Verhalten der Unabhängigen Partei, die in ihren Reihen viele Unentwegte zählt, die kaum von den Spartacusleuten und Bolschewisten zu unterscheiden sind, und das Verhalten der unabhängigen Regierungsmitglieder sehr interessant und lehrreich. Barth, der temperamentvolle und sehr radikale Genosse, eilt von Versammlung zu Versammlung, um mit beschwörenden Worten zur Ruhe zu mahnen. Die Verantwortung als Regierungsmitglied und die Einsicht in die Tatsachen hat ihn vom radikalen Sozialisierungsfimmel gründlich geheilt und seine Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden bewegten sich auf durchaus sachlichem Untergrunde.

Dennoch hätten die Neuköllner Spartacusse beinahe ganz Neukölln enteignet und auch in Berliner Fabriken ist es zu anarchischen Zuständen und zu terroristischen Gewaltmaßnahmen gekommen.

In Bayern betreibt der bayrische Ministerpräsident aus Preußen, Herr Eisner, weiter Außenpolitik auf eigene Rechnung und fordert den Kopf Solfs und Erzbergers, wobei er selbst arg ins Wackeln gekommen ist. Wir haben für beide wenig übrig, glauben aber nicht, daß gerade Herr Eisner befugt ist, ihnen am Zeuge zu flicken, nachdem er mit der bayrischen Veröffentlichung einzelner diplomatischer Bruchstücke sich als pflichttreuer Helfer Clemenceaus entpuppt hat. Und wir haben zu Solfs Sachkenntnis und Vaterlandsliebe mehr Vertrauen als zu der des Herrn Eisner.

Lipinskis Rede in Dresden vor dem Arbeiter- und Soldatenrat wurde mit eisigem Schweigen aufgenommen, denn auch er mußte zugeben, daß er auf einem Trümmerhaufen stehe, an dessen Vorhandensein er nicht ganz unschuldig ist. Oder sollte das Schweigen beweisen, daß die Erkenntnis sich Bahn bricht, daß es so nicht mehr weiter gehen kann?

Mit der fortschreitenden geordneten Rückkehr der Fronttruppen geht ein Aufatmen durch das ganze Land. Unter ihnen werden sich, so hofft jeder, die Männer finden, die Opferfreudigkeit, Besonnenheit und Selbstzucht genug besitzen, um die Revolution glücklich zum Ziele zu führen.

Die Londoner Alliiertenkonferenz.

Eine amtliche Mitteilung.

In London wurde folgende amtliche Erklärung veröffentlicht: Die während der letzten beiden Tage abgehaltenen Konferenzen zwischen der französischen, italienischen und britischen Regierung, über die Lloyd George präsidierte, wurden zum Abschluß gebracht. Anwesend waren die Premierminister von Frankreich, Italien und Großbritannien, ferner Balfour, Sonnino, Foch und der Chef des britischen Reichsgeneralstabes. Es wurden auch gemeinsame Versammlungen der Vertreter der Alliierten und des Reichskabinetts abgehalten, denen die Premierminister von Kanada, Australien, und Neufundland, der General Smuts und andere britische und Dominionsminister beiwohnten. House (der Vertreter Wilsons) war infolge Krankheit verhindert, diesen Konferenzen beizuwohnen.

(Es bleibt abzuwarten, ob das Fernbleiben Houses von den Konferenzen auf die von uns bereits mitgeteilten Meinungsverschiedenheiten zwischen Amerika und der Entente zurückzuführen ist.)

Deutschland soll büßen!

Das Reutersche Bureau erfährt: Da infolge der Erkrankung des Obersten House Amerika bei den Konferenzen der Alliierten nicht vertreten war, muß über die Verhandlungen Stillschweigen bewahrt werden, es steht aber fest, daß man zu einer vollständigen Einigung gelangt ist und mit Lloyd George und den richterlichen Beamten der Krone völlig darin übereinstimmt, daß Deutschland sobald als möglich für seine Missetaten büßen muß und daß die verantwortlichen Personen ohne Rücksicht auf ihren Rang vor Gericht gebracht und soweit wie möglich bestraft werden müssen. Die Londoner Beratungen werden zweifellos von großem Einfluß auf die Friedenskonferenz sein.

Wilsons Abreise nach Europa.

Reuter meldet aus Newyork, daß Präsident Wilson gestern Mittwoch früh nach Europa abreiste. Das Reutersche Bureau meldet aus Brest (Frankreich), daß Wilson am 12. Dez. am Nachmittag in Brest an Land gehen wird. Es werden ihm militärische Ehren erwiesen werden. Er wird im Namen der Regierung von Pichon, Leygues und Tardieu empfangen werden. Der Zug des Präsidenten wird um 1 Uhr morgens in Paris eintreffen.

Der Dampfer „George Washington", der mit dem Präsidenten Wilson nach Europa kommt, wurde mit der stärksten drahtlosen Einrichtung ausgerüstet, die sich jemals an Bord eines Schiffes befand. Diese Einrichtung wird es dem Präsidenten ermöglichen, auf der Reise fortwährend mit Washington in Fühlung zu bleiben.

Was unsere Feinde fordern.

Angebliche Beschlüsse der Alliierten.

Der parlamentarische Mitarbeiter der entschieden liberalen Londoner „Daily News" sagt, daß folgende Vorschläge für Schadenersatzleistungen von den Alliierten gemacht wurden:

1. Während einer Reihe von Jahren soll von Deutschland Schadenersatz in Geld geleistet werden, und zwar für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden. Diese werden auf 2 bis 2½ Milliarden Pfund Sterling (25 Milliarden Mark) berechnet.

2. Sämtliche vernichteten Häuser in den Städten dieser Gebiete müssen von deutschen Arbeitern aufgebaut und das zu dem Wiederaufbau notwendige Material muß von deutschen Arbeitern beschafft werden.

3. Es soll Schadenersatz für den vernichteten Schiffsbau geleistet werden. Dazu ist eine Vereinbarung zwischen den Alliierten und den Mittelmächten zu treffen, die dahin gehen sollte, daß sämtliche deutschen Schiffe für Rechnung der gesamten Welt fahren, oder daß auf deutschen Werften neue Schiffe für die britischen oder anderen Kauffahrteiflotten gebaut werden.

4. Außer dem Schadenersatze für Belgien und Frankreich ist eine Entschädigung für sonstige Verluste (!!) zu zahlen.

5. Alles in Deutschland vorhandene Gold wird den Alliierten ausgeliefert.

6. Von der Erzeugung der deutschen Kohlenbergwerke wird eine Abgabe erhoben, die eine Reihe von Jahren beibehalten werden muß. Außerdem ist die deutsche Kohlenerzeugung unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen.

7. Die Verheerungen in Italien, Serbien und Rumänien sind gleichfalls wieder gutzumachen.

*

Die hier aufgestellten Forderungen sind unerfüllbar. Gegen jede Forderung, die Deutschland in eine dauernde wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Staaten bringen würde, wird das gesamte deutsche Volk mit aller Kraft Protest erheben.

Unsere Feinde in Deutschland.

Ein Finanzabkommen.

Die Finanzkommission der internationalen Waffenstillstandskommission in Spaa unterzeichnete am 1. Dezember das Schlußprotokoll, in dem u. a. folgende Vereinbarungen mitgeteilt sind: Die deutsche Regierung verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, ihren fiskalischen oder privatwirtschaftlichen Besitz in irgendeiner Weise zu vermindern, da dieser Besitz das gemeinsame Unterpfand zur Deckung der Kriegsschäden ist, auf die sie Anspruch haben. Weiter verpflichtet sich die deutsche Regierung, die Eisenbahnen, Kanäle, Bergwerke, Forsten, sowie die Unternehmungen kolonialwirtschaftlicher, industrieller und kommerzieller Art, die ihr gehören oder an denen sie beteiligt ist, weder zu verkaufen, noch zu kreditieren, noch zu verpfänden. Ferner verpflichtet sich die deutsche Regierung, während der Dauer des Waffenstillstandes und ohne den Bestimmungen vorzugreifen, die für die Zukunft getroffen werden, keine Goldausfuhr vorzunehmen oder zuzulassen. Sollte sie sich unbedingt gezwungen sehen, für die normalen Bedürfnisse ihres Wirtschaftslebens von den Bestimmungen dieser Bedingungen abzuweichen, so muß sie vorher die alliierten Regierungen in Kenntnis setzen.

Die deutsche Regierung verpflichtet sich weiter, außerhalb der normalen Bedürfnisse ihres Wirtschaftslebens aus dem Bestande an Auslandswechseln, die dem Reichsschatzamt oder der Reichsbank gehören, oder sich in ihrer Eigenschaft als Devisenzentrale in ihrem Besitze befinden, keinerlei Uebertragung in das Ausland, weder direkt noch durch Mittelspersonen, vorzunehmen. Dieselbe Verpflichtung wird eingegangen für die ausländischen Effekten, die der deutschen Regierung oder der Reichsbank gehören, oder die ihnen als Unterlage für Lombardvorschüsse dienen. Jede Handlung, die dieser Vereinbarung widerspricht, wird von den Regierungen der Alliierten als rechtsungültig angesehen. Die deutsche Regierung wird alle möglicherweise daraus zu ziehenden Folgen zu tragen haben.

Die Kriegsentschädigungsfrage.

„Daily Mail" meldet: Die Konferenz der englischen Dominions verlangt von der Reichsregierung, daß Deutschland auch für die in den früheren deutschen Kolonien durch seine militärischen Maßnahmen angerichteten Schäden Entschädigungen zu leisten habe. (!!) — Die „Morning Post" meldet aus Lissabon: Portugal hat etwa 420 Millionen Milreis Schadenersatzforderungen an Deutschland angemeldet. (!!)

Zeitweilige Besetzung Berlins.

Die „Deutsche Allgemeine Ztg." berichtet: Wie der amerikanische Funkspruch Belmar vom 29. Nov. meldet, sollen alliierte und amerikanische Truppen Berlin zeitweilig besetzen, um dort Polizeidienste zu versehen.

Belgische Brutalität in Aachen.

Einem holländischen Berichterstatter ist es gelungen, aus Aachen nach Rotterdam hinüberzukommen. Er berichtet an den „Nieuwe Rotterdamschen Courant" u. a.: Bei Begegnungen mit belgischen Offizieren auf den Straßen muß die Zivilbevölkerung den Bürgersteig verlassen und den Kopf entblößen. Mir wurde, so bemerkt der holländische Berichterstatter, von zwei Offizieren der Hut abgeschlagen, trotzdem ich ihnen sagte, daß ich Holländer bin. Anderen Personen wurden die Hüte mit der Reitpeitsche abgeschlagen. Das Erscheinen oder Verkaufen von Zeitungen oder Druckheften ist verboten. Niemand darf Aachen verlassen oder hereinkommen. Zwischen 4 und 8 Uhr abends muß in den Parterren aller Häuser Licht brennen. Bei Uebertretungen obiger Anordnungen wird man sofort erschossen.

Eine Bitte des Kardinals von Hartmann.

Kardinal von Hartmann hat durch Vermittelung des Staatssekretärs Erzberger sich an die französische Waffenstillstandskommission mit der Bitte gewandt, im besetzten Gebiet die Kirchen und Gebäude die der Heranbildung junger Geistlicher dienen, möglichst zu schonen. Dieser Bitte ist entsprochen worden. Die Kirchen werden nicht mit feindlichen Truppen belegt werden.